

Vorsitzenden Adolf von Thadden zu knüpfen."

Begonnen hatte die Sendung mit einem langen Lamento darüber, daß die Bundeszentrale nicht das Buch zur Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ aufgekauft und Mitlern der politischen Bildung dargeboten habe. Der bekanntlich sehr umstrittenen Ausstellung und ihrem Thema hat sich die Bundeszentrale dabei sehr wohl gewidmet.

Bereits im Mai dieses Jahres hat sie eine 224 Seiten umfassende Publikation „Die Wehrmachtsausstellung – Dokumentation einer Kontroverse“ vorgelegt. Darin ist insbesondere eine Bremer Fachtagung der Bundeszentrale zu diesem Thema dokumentiert und auch die Debatten im Bundestag. Doch diese interessante Publikation in der auch die Veranstalter der Aus-

stellung ebenso wie ihre Kritiker zu Wort kommen – wurde in dem im September ausgestrahlten Deutschlandfunk-Feature mit keinem Satz gewürdigt.

Insgesamt handelte es sich bei der Sendung um ein Musterbeispiel von unseriösem und unfärem Journalismus. Der verantwortliche Redakteur in der Feature-Abteilung ist Hermann Theißen; er war auch für das „Herrhausen“-Feature zuständig.

Zumal es sich bei diesen Machwerken nicht um einen einmaligen „Betriebsunfall“ handelt – weitere Sendungen könnten genannt werden – stellt sich die Frage, warum hier Chefredaktion und Programmredaktion als Kontrollinstanzen versagen.

MICHAEL LEH (DOD)
Der Autor ist Vertreter des Bundes der Vertriebenen (BdV) im Hörfunk des Deutschlandradios.

Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen

Über politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte des rasanten Wandels in den Staaten Ostmitteleuropas und zu den Möglichkeiten der deutschen Vertriebenen, an den Gestaltungsprozessen in ihren Heimatgebieten mitzuwirken, referierten Experten aus Politik und Wissenschaft auf einer Fachtagung der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, die in Bonn stattfand. Unter der Leitung von Dr. Reinold Schleifenbaum, dem Vorstandsvorsitzenden der Kulturstiftung, diskutierten ca. 150 Teilnehmer aus dem In- und Ausland.

Das Thema „Transformationsprozesse in Ostmitteleuropa“ ruft zunächst nach einer Bestandsaufnahme. Dieser galt der erste Teil der Tagung, in dem Vertreter der Reformstaaten zu Wort kamen. Zu Erwartungen der Republik Ungarn auf dem Weg in die EU äußerte sich Botschaftsrat Dr. András Orgoványi. Für Ungarn beinhaltet die Integration in die EU demnach nur einen Teil des viel umfangreicheren Prozesses, der auch den Beitritt zu OECD, NATO und WEU umfaßt. Was Demokratisierung, Verankerung von Minderheiten rechten in der Verfassung und Abbau der öffentlichen Verschuldung anbetrifft, die als Voraussetzungen für einen Beitritt gelten, hat erst kürzlich die Europäische Kommission Ungarn ausdrücklich gelobt, allerdings auch auf Defizite in den wirtschaftlichen Strukturen und im Rechtssystem hingewiesen. Ungarn ist, wie der Referent abschließend betonte, auf einem guten Weg, diese Probleme zu beseitigen, so daß der Beitritt zur EU in vier bis fünf Jahren zu erwarten ist.

Zur Situation der Republik Estland sprach Botschaftssekretär Heiki Sirkel. Den Weg nach Europa konsequent zu verfolgen, sind sich die estnischen Politiker aller Richtungen einig, wobei der Geschwindigkeit des Beitritts zu den europäischen Institutionen geringere Bedeutung beigemessen wird. Wenn der Beitritt auch zwangsläufig eine Aufgabe nationaler Kompetenzen bedeutet, so will man dies angesichts des Vorteils der Zugehörigkeit zum europäischen Wirtschafts- und Kulturraum doch gerne hinnehmen. Die Esten verstehen sich als Motor hinsichtlich der Integration des gesamten Baltikums. Auch wenn Rußland nach wie vor bestrebt ist, Estland an sich zu binden, so ist man doch zuversichtlich, zu einvernehmlichen Regelungen zu kommen, zumal sich die starke russische Minderheit im Land loyal zur Regierung verhält. Die Zugehörigkeit Estlands zur NATO ist Teil der europäischen Integration, da eine positive wirtschaftliche Entwicklung allein im Rahmen der Stabilität, die von der NATO gewährleistet wird, erfolgen kann.

Ein weitgehend negatives Bild der Entwicklungsmöglichkeiten des Verhältnisses zwischen Tschechien auf der einen und Deutschland und der EU auf der anderen Seite zeichnete Dr. Rudolf Kucera, Leiter des Prager Instituts für mitteleuropäische Kultur und Politik. Die Entwicklung der Beziehungen ist demnach wesentlich von der rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Tschechien selbst abhängig. Bislang gibt es aber keine ausreichenden Beste-

bungen, die tschechischen Verhältnisse denen der EU anzugleichen, die ja nicht nur eine Freihandelszone, sondern eine Rechts- und Wertegemeinschaft darstellt.

So wird die tschechische Regierung, gestützt auf die öffentliche Meinung, nichts daran ändern, daß die Benesch-Dekrete Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung sind. Zudem ist zwar die Schaffung demokratischer Strukturen weitgehend abgeschlossen, doch immer noch keine bürgerliche Gesellschaft mit vom Staat unabhängigen Institutionen, Verbänden und Vereinen entstanden. Ob die derzeitigen Bemühungen der Regierung fruchten werden, durch Gesetze zu Bankenwesen und Kapitalmarkt das Vertrauen von Investoren zu fördern, erscheint fraglich. Gerade deutsche Investoren spüren die unsichere Rechtslage und das Mißtrauen gegen ihr Kapital.

Positiver beurteilte die Möglichkeiten wirtschaftlicher Zusammenarbeit Staatssekretär a. D. Walter Kittel, Koordinator der deutschen Beratungshilfe für das östliche Europa im Rahmen des Transformationsprogramms. Aufgrund ihrer Wirtschaftsentwicklung und ihrer Leistungen bei der Systemtransformation stehen Polen, Tschechien und Ungarn an der Spitze der Partner Deutschlands im Osten. Für die grenzüberschreitende und grenznahe Zusammenarbeit von Unternehmen und Institutionen wird bereits eine Fülle an Instrumenten und Plattformen angeboten. Das vertrauensbildende Dach für all diese Aktivitäten ist der Prozeß der Integration in die EU. Dieser wird nicht nur viele Kräfte mobilisieren, er stellt zugleich auch einen soliden Weg dar, um die überkommenen Vorurteile zwischen den Nachbarvölkern abzubauen. Die Deutschen sind aufgerufen, den Partnern in Ost- und Mitteleuropa zu helfen, ihren traditionellen Platz in Europa wieder einzunehmen. Die deutschen Heimatvertriebenen können dabei mit ihrer spezifischen Erfahrung wertvolle Mittler sein.

Dr. Andreas Stöhr, Vizepräsident des Landesamts Nordrhein-Westfalen, sieht ebenfalls den Übergang von zentralgesteuerten hin zu marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnungen als in Polen, Tschechien und Ungarn am weitesten fortgeschritten. Nach wie vor unbefriedigend sind dagegen die Verhältnisse in weiteren Ländern, insbesondere in Rußland. Der Transformationsprozeß im östlichen Europa hat vielfältige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Deutschland. So führt das anhaltende Wohlstandsgefälle zu einem erheblichen Wanderungsdruck. Branchen, die bereits heute unter erheblichem internationalem Wettbewerbsdruck stehen, erhalten zusätzliche Konkurrenz. Deutsche Direktinvestitionen insbesondere in den angrenzenden Ländern führen einerseits zu Arbeitsplatzverlusten, erschließen andererseits aber auch zusätzliche Absatzmärkte. In der Summe hat Deutschland nach Einschätzung von

Stöhr von der Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Staaten ökonomisch und politisch profitiert.

Zu den Deutschland in der aktuellen sicherheitspolitischen Lage der östlichen Nachbarstaaten zukommenden Aufgaben äußerte sich Staatssekretär a. D. Prof. Dr. Lothar Rühl, Bonn. Mit der Einladung an Polen, Tschechien und Ungarn zum NATO-Beitritt trat die deutsche Ostpolitik in eine neue Phase ihrer Entfaltung ein: Die Beziehungen Deutschlands zu diesen Staaten werden nun erstmals Bündnisbeziehungen sein.

Die seit 1991/92 betriebene Öffnung des Sicherheitssystems nach Osten führte zwangsläufig zu – wenn auch inzwischen abgeschwächten – Konflikten mit Rußland, das seine legitimen Sicherheitsinteressen berührt sieht und daher versucht, eine blockfreie Pufferzone einzurichten. Eine sicherheitspolitische Grauzone oder gar ein Vakuum in Ostmitteleuropa kann aber nicht im Interesse Deutschlands liegen. Es strebt daher die Einbeziehung der einzelnen Staaten in die westlichen Sicherheitsstrukturen an.

Der NATO-Beitritt wurde Polen, Tschechien und Ungarn als den hinsichtlich Demokratisierung und Marktwirtschaft fortgeschrittensten Staaten avisiert. Es spielten bei deren Auswahl aber auch die engen historischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland als mitteleuropäischer Vormacht eine Rolle. Angesichts der Unsicherheit der politischen Entwicklung Osteuropas wird sich die Bundesregierung darum bemühen müssen, auf ein gedeihliches Verhältnis der ostmitteleuropäischen Staaten nach Osten – speziell gegenüber Rußland – hinzuwirken.

Die Transformationsprozesse im östlichen Europa haben jedoch nicht zuletzt eine geistige Dimension. Hierzu gehört auch die Aufarbeitung bislang tabuisierter historischer Tatsachen wie die Vertreibung der Deutschen aus ihren Heimatgebieten. Wie zögernd sich die polnische Diskussion seit 1990 über den Begriff der Vertreibung entwickelte, referierte der Bromberger Dozent Dr. Witold Stankowski.

Heute wird der Begriff zwar an Hochschulen durchaus verwendet, doch hat er sich noch nicht so weit durchgesetzt, daß er in polnische Schulbücher Eingang gefunden hätte. Entscheidend wird künftig der Umgang beider Seiten, also der Polen und der Deutschen, mit der Wahrheit sein, die sich nur anhand der Auswertung aller zur Verfügung stehenden Quellen in einem langwierigen Prozeß herausarbeiten läßt. Eine Erforschung des Sachverhalts ist nur gemeinsam von Wissenschaftlern beider Länder zu leisten. Es gibt allerdings bislang nur wenige polnische Wissenschaftler, die sich dieser Materie angenommen haben. Auf deutscher Seite sieht es, wie kürzlich in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dargelegt wurde, kaum

besser aus. Zur Notwendigkeit einer Erneuerung humanistischer und christlicher Werte in Ost und West vor der Ost-Erweiterung der EU nahm der Augsburger Moralthologe Prof. Dr. Joachim Piegsa Stellung. Mit der politischen Wende von 1989 fiel zwar der Eisener Vorhang, aber eine geistige Wende war damit nicht sofort verbunden. Die liberalistisch-kapitalistische Gier nach Geld scheint sogar in Europa – jetzt auch im Osten – dominanter zu werden. Zudem ist die Mentalität des „homo sovieticus“, die Geisteshaltung des sozialen Hasses und Neides, immer noch virulent.

Beide Geisteshaltungen verhindern den Integrationsprozeß Europas. Als Beispiel

Aus dem Bundestag

Auf die Frage der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach (CDU/CSU):

In welchem Umfang bezieht das Auswärtige Amt, entsprechend dem von allen demokratischen Parteien getragenen Beschluß des Deutschen Bundestages vom 28. Februar 1997, die Heimatvertriebenen und ihre Verbände „bei diesen Bemühungen (Amtliches Protokoll der 161. Sitzung: „Beschlussempfehlung“ des Auswärtigen Ausschusses in Drucksache 13/4912) zu unterstützen“, auch die Vertriebenenverbände bei seiner kulturellen und bildungspolitischen Förderung deutscher Minderheiten in Osteuropa und in den Staaten der GUS mit ein?

antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Hans-Friedrich von Ploetz:

Die ständige Praxis zeigt, daß die aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes geförderten hochspezialisierten und leistungsfähigen Mittlerorganisationen bislang alle Anforderungen, die sich im Rahmen der Auswärtigen Kulturpolitik stellen, zur Zufriedenheit bewältigen.

Eine Notwendigkeit, weitere Institutionen heranzuziehen, hat sich unter fachlichen Gesichtspunkten deshalb bisher nicht gestellt. Gerade im Hinblick auf die enger werdenden Finanzmittel und notwendige Rationalisierungsanstrengungen muß sich das Auswärtige Amt daher mit Vorzug auf diese Organisationen und Strukturen abstützen. Dies schließt natürlich nicht aus, daß in Einzelfällen auch andere Überlegungen zum Tragen kommen können.

Auf die Frage der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach (CDU/CSU):

Welche sonstigen Institutionen und Verbände werden vom Auswärtigen Amt als Mittlerorganisationen für die Minderheitenförderung eingesetzt (bitte für 1995 und 1996 auflisten mit jeweiligem Förderungsumfang der Projekte der einzelnen Mittlerorganisationen)?

für eine gelungene Erneuerung führte Piegsa dagegen die Charta der Heimatvertriebenen von 1950 an, in der dem Ungeist der Rache und Vergeltung abgeschworen und zur Schaffung eines geeinten Europa aufgerufen wurde. Am vorbildhaften Wirken des Opperlener Bischofs Alfons Nossol wird deutlich, welchen Beitrag heute die christlichen Kirchen für eine Rückkehr zur Humanität leisten. Die wirtschaftlich-politische Umgestaltung kann nur gelingen, wenn ein gleichzeitiges geistiges Umdenken stattfindet. Dies werden Manager und Politiker nicht leisten. Sie erwarten Hinweise aus dem Kreis der geistigen Elite und der Kirchen (DOD)

antwortete der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. Hans-Friedrich von Ploetz:

Das Auswärtige Amt arbeitet bei seiner Förderung der deutschen Minderheiten in Mittel- und Osteuropa und in den Staaten der GUS vor allem mit dem Institut für Auslandsbeziehungen (IfA), dem Verein für das Deutschtum im Ausland (VDA), dem Goethe-Institut, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, der Zentralstelle für das Auslandsschulwesen im Bundesverwaltungsamt und Inter Naciones (IN) zusammen. (DOD)

Diplomatisch?

Inwieweit kann es sich eine Ministerialbürokratie eigentlich leisten, den ausdrücklichen Willen des Deutschen Bundestages zu ignorieren?

Nicht zum ersten Mal hatte der Bundestag am 28. Februar 1997 durch einen von allen demokratischen Parteien getragenen Beschluß betont, daß die Heimatvertriebenen und ihre Verbände „weiterhin zu unterstützen“ seien bei dem Bemühen um eine Aussöhnung mit unseren Nachbarn im Osten. Aber nach wie vor sperrt sich das Auswärtige Amt dagegen, wenn auch noch so gut vorbereitete Projektanträge aus dem Vertriebenenbereich kommen, diese Organisationen auch mit der Durchführung zu betrauen.

Wegen der „Übersichtlichkeit“ will man sich auf „bewährte“ Mittlerorganisationen beschränken. Trotz aller katastrophalen Erfahrungen hält das Auswärtige Amt den „Verein für das Deutschtum im Ausland“ noch immer für eine vorzeigbare „hochspezialisierte und leistungsfähige Mittlerorganisation“. Tragen die verschwundenen Millionen wirklich „zur Zufriedenheit“ des Auswärtigen Amtes bei? Hier soll weniger die fachliche Kompetenz des VDA infrage gestellt werden, als vielmehr gezeigt werden, wie sehr man